

## **Sieg des Kleingeistes über die Politik – SPD verspielt den Politikwechsel in Thüringen und die Chance auf Neues**

In der Nacht zum 1. Oktober 2009 entschied sich der Landesvorstand der SPD in Thüringen, mit 18 zu 6 Stimmen, nach Sondierungsgesprächen zwischen der CDU einerseits und der LINKEN sowie den Grünen andererseits, mit der thüringischen CDU Koalitionsverhandlungen aufzunehmen.

### **Ausgangskonstellation: Die CDU wird abgewählt – Politikwechsel gewünscht**

Am 30. August 2009 wurde die seit 1990 ununterbrochen regierende CDU von den Wählerinnen und Wählern in Thüringen abgewählt. Sie verlor gegenüber der Landtagswahl 2004 insgesamt 104.847 Wählerinnen und Wähler, das entspricht rund 24% ihrer damals erhaltenen Stimmen. Ihre drei Wahlziele wurden deutlich verfehlt: Sie konnte die absolute Mehrheit nicht verteidigen, sie unterschritt ihr Wahlziel von 45% + X deutlich und obwohl die FDP zwar in den Landtag gewählt wurde, sahen die Wähler/-innen ein schwarz-gelbes Bündnis, als Ersatz für die verloren gegangene Alleinregierung von der CDU angestrebt, nicht vor.

Auch wenn die Ablehnung der CDU in wesentlichem Maße mit dem dramatischen Autoritätsverlust des mittlerweile zurückgetretenen Ministerpräsidenten Dieter Althaus verknüpft wurde, so kann der Niedergang der thüringischen CDU nicht allein der Person Althaus angelastet und damit der Wille der thüringischen Wählerinnen und Wähler für einen Politikwechsel negiert werden.

In der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik musste die Landes-CDU innerhalb der letzten zwei Legislaturperioden Vertrauenseinbußen von bis zu 20 Prozentpunkten verkräften. Nach Infratest dimap-Angaben waren im Vorfeld der Landtagswahl 67% der Befragten der Auffassung, dass die Partei in den letzten Jahren viele Fehler gemacht habe.

Die thüringische CDU wurde als Partei der sozialen Ungerechtigkeit wahrgenommen: Sieben von zehn befragten Wahlberechtigten vertrat die Auffassung, dass sich mit der CDU die sozialen Ungleichheiten verstärken und Arbeitnehmerinteressen vernachlässigt würden. Nur für 17% der Befragten war die CDU die Partei, die sich für angemessene Löhne einsetzt.<sup>1</sup>

Es überrascht deshalb nicht, dass im August 2009 nur noch 43% der von Infratest dimap befragten Wahlberechtigten im Land mit der Arbeit der Landesregierung zufrieden war. Eine absolute Mehrheit von 55% war hingegen unzufrieden.

Allein die CDU-Anhänger/-innen waren mit ihrer Landesregierung zufrieden (83% zu 15%), während die Anhänger/-innen von SPD, Grünen und FDP zu jeweils zwei Dritteln, die Anhänger/-innen der LINKEN sogar zu mehr als vier Fünfteln (85%) mit der CDU-Regierung unzufrieden waren.

Lediglich 39% befürworteten nach Infratest dimap-Angaben auch nach dem Wahltag eine unionsgeführte Regierung. Eine CDU-Alleinregierung schätzten nur noch 30% als gut für das Land ein, 14 Punkte weniger als vor fünf Jahren.<sup>2</sup>

Befragt nach den Koalitionsbewertungen bewerteten im August 2009 nach Infratest dimap 40% der Befragten ein rot-rot-grünes sowie 37% ein rot-rotes Bündnis mit „sehr gut/gut“. Im Vergleich zur Landtagswahl 2004 entspricht dies einer Zunahme für rot-rot-grün um 15% und zu rot-rot um 12%.

Ein schwarz-rotes bewerteten hingegen nur 35% mit „sehr gut/gut“, dies sind 7% weniger als bei der Landtagswahl 2004.<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Infratest dimap 2009, WAHLREPORT. Landtagswahl in Thüringen am 30. August 2009, S. 21.

<sup>2</sup> Infratest dimap 2009, a.a.O., S. 23.

<sup>3</sup> Infratest dimap 2009, a.a.O., S. 37.

Die Forschungsgruppe Wahlen ermittelte kurz vor der Landtagswahl 54% Zustimmung für ein Bündnis von LINKEN und SPD bzw. den beiden Parteien zuzüglich der Grünen, während ein Bündnis aus CDU und SPD mit 34% bewertet wurde. Infratest dimap verzeichnete 38% Zustimmung zu einem rot-roten bzw. rot-rot-grünem Bündnis gegenüber 22% für schwarz-rot, das im Vergleich zu Anfang August um 1% abgenommen hatte.<sup>4</sup>

### **Schwierige Sondierungsgespräche mit guten Ergebnissen**

Wie bereits rund eineinhalb Jahre zuvor in Hessen hatte sich die thüringische SPD die Möglichkeiten strategischen Handelns selbst beschränkt. Wurde der SPD-Spitzenkandidatin Andrea Ypsilanti ihre im Landtagswahlkampf mehrfach zu Protokoll gegebene strikte Ablehnung einer Unterstützung einer rot-grünen Reformregierung durch die LINKE dann zum Verhängnis, als sie mit Blick auf die von den Wähler/-innen gewünschte politischen Machtverhältnisse eine Modifizierung vornehmen wollte, hatte auch der SPD-Vorsitzende in Thüringen, Christoph Matschie, seine Partei gegen die LINKE gebunden.

Im Ergebnis eines innerparteilichen Machtkampfes mit dem linken Flügel um den früheren SPD-Innenminister Richard Dewes und den Erfurter Bürgermeister Bausewein, setzte Matschie in einer Urabstimmung durch, dass die SPD nach der Wahl – egal wie die Mehrheitsverhältnisse aussehen würden – einen Ministerpräsidenten der LINKEN nicht wählen würden.

Diese Mitgliederbefragung musste als Votum für eine Junior-Rolle der SPD in einer schwarz-roten Koalition erscheinen, also als die Fortsetzung der babylonischen Gefangenschaft der SPD, aus der der linke Flügel der thüringischen SPD die eigene Partei seit dem unehrenhaften Ausscheiden der SPD nach fünf Jahren Regierungsarbeit 1999 befreien wollte.

Während des Landtagswahlkampfes modifizierte der Spitzenkandidat der SPD, Matschie, seine Aussagen zur LINKEN mehrfach und legte sich kurz vor dem Wahlkampf allein dahingehend fest, dass die Wahl des LINKEN-Ministerpräsidentenkandidaten Bodo Ramelow ausgeschlossen sei und – sofern sowohl SPD als auch Grüne stärker seien, als die LINKE – der rot-grüne Teil eines rot-rot-grünen Bündnisses, das Vorschlagsrecht in der Ministerpräsidentenfrage haben sollten.<sup>5</sup>

Der fulminante Wahlsieg des rot-rot-grünen Lagers, das im Landtag über 51 von 88 Mandaten verfügt, wurde durch diese von der SPD initiierte Verengung des Politik- und Regierungswechsels auf eine Personalfrage, überschattet.

Statt gemeinsam Inhalte und Reformprojekte eines Politikwechsels in den Vordergrund zu stellen, wurde die LINKE vom Wahlabend an mit dem Anspruch von Christoph Matschie und den ihn tragenden SPD-Kräften konfrontiert, den Anspruch auf das Ministerpräsidentenamt zurückzuziehen und einen SPD-Ministerpräsidenten Matschie zu akzeptieren.

Auf die Gefahr hin, in der Bundespartei und im eigenen Landesverband an Rückhalt zu verlieren, entschieden sich Bodo Ramelow und die Sondierungsgruppe der LINKEN, den Anspruch der LINKEN auf das Ministerpräsidentenamt nicht zum Hindernis eines Politikwechsels zu machen. Mit den Worten von Bodo Ramelow und Knut Korschewsky, dem LINKEN-Landesvorsitzenden: Inhalte und Projekte sollten im Vordergrund stehen, nicht eitle Machtansprüche.

Auf dieser Basis ging die LINKE in Sondierungsgespräche mit der SPD und den Grünen, die in mehrfacher Hinsicht nicht einfach waren:

- Obwohl alle drei Parteien bereits in den vergangenen Jahren an verschiedenen praktischen politischen Vorhaben gemeinsam tätig waren, hatte ein tiefergehender politischer Dialog nicht stattgefunden.

---

<sup>4</sup> Benjamin-Immanuel Hoff/Horst Kahrs 2009, Die Ergebnisse der Landtagswahl in Thüringen am 30. August 2009 – Wahlbericht und erste Analyse, S. 9.

<sup>5</sup> Hoff/Kahrs, a.a.O., S. 5.

- Dies führte dazu, dass zwar in den Sachfragen thüringischer Landespolitik fast ausnahmslos Übereinstimmung bestand, jedoch im Fragen der Bewertung historischer Ereignisse sowie im Hinblick auf ein gemeinsames Verständnis von politischer Kooperation bei allen drei Parteien Hindernisse zu verzeichnen waren.
- Hierbei war auch die LINKE nicht frei von Vorurteilen und Fehlern. So trugen auch die LINKEN-Vertreter/-innen in einer Sondierungsrunde durch intensives Beharren auf bundespolitischen Differenzen (Agenda 2010, Hartz IV-Regelsätze etc.) dazu bei, die Gemeinsamkeiten in der Landespolitik in den Hintergrund treten zu lassen. Ein Fehler, der eingesehen und in der nächsten Sondierungsrunde vermieden wurde – mit durchschlagendem inhaltlichen Erfolg.

Diese Hindernisse konnten im Verlauf der Sondierungsgespräche jedoch weitgehend ausgeräumt werden. Vielmehr konnten in zentralen Politikfeldern gemeinsame Projekte definiert werden. Dazu gehörten neben vielem anderen:

- Notwendige Reformen in der Bildungspolitik und der Schulstrukturen in Richtung längerem gemeinsamen Lernen,
- Die Umsetzung des Volksbegehrens für mehr 2.000 Erzieher/-innen mehr in Kindertagesstätten,
- Ein Wechsel in Richtung erneuerbarer Energien,
- Neue Wege in der Arbeitsmarktpolitik,
- Mehr Gerechtigkeit durch ein Mindestlohngesetz.

Weitere Einigungen sowohl bei der Haushaltspolitik als auch noch offenen Diskussionspunkten, wie z.B. der Zukunft der thüringischen Flughäfen im Kontext einer nachhaltigen Verkehrspolitik waren weitgehend vorbereitet.

Darüber hinaus ist die Bewertung der DDR-Geschichte hervorzuheben und eine dramatisch verpasste Chance zu konstatieren:

Ähnlich wie in Berlin 2001 zwischen SPD und damaliger PDS hätte auch in Thüringen die Chance bestanden, im Hinblick auf die Bewertung der DDR-Vergangenheit, darunter die in der DDR begangenen Menschenrechtsverletzungen, eine Verständigung zu erreichen.

Eine solche Verständigung, bei der sich LINKE und Grüne erheblich angenähert hatten, wie der Landesvorstand der Grünen noch am 30. September 2009 konstatierte, wäre für die politische Kultur des Landes, 20 Jahre nach der Wende in der DDR ein wichtiger Schritt gewesen. Erstmals hätte es gelingen können, dass Vertreter/-innen des Erbes der Bürger/-innenbewegung der DDR, vertreten durch Grüne und SPD, gemeinsam mit den Vertreter/-innen der LINKEN eine Bewertung der DDR-Geschichte vorgenommen hätten, ohne dem seit 1990 dominierenden Diktum und der einseitigen Geschichtswahrnehmung der Landes-CDU zu unterstehen, die es weitgehend versäumt hat, ihre Rolle als ehemalige Blockflötenpartei CDU, einschließlich der früheren DDR-Bauernpartei, aufzuarbeiten.

### **Personal- und Machtfragen bzw. –missverständnisse der SPD**

Wie bereits dargestellt, standen bei der SPD – neben der spürbaren Neigung des Verhandlungsführers Christoph Matschie an einem Bündnis mit der CDU – im Hinblick auf ein mögliches rot-rot-grünes Bündnis allein Personal- und Machtfragen im Vordergrund.

Die Faustformel Matschies lautete, rückblickend betrachtet, *„Wenn meine Partei – gegen meinen Willen – ein Bündnis mit LINKEN und Grünen eingehen will, dann kann der Preis dafür nur ein SPD-Ministerpräsident Matschie oder zumindest ein SPD-Ministerpräsident mit Richtlinienkompetenz sein.“*

Mit anderen Worten: Entgegen dem Wunsch einer absolut überwiegenden Mehrheit der SPD-Kreise, der SPD-nahen Gewerkschafter/-innen und einer Vielzahl von SPD-Mitgliedern in Vereinen sowie entgegen dem am 30. September 2009 ausgedrückten Wähler/-innenwillen, standen bei Christoph Matschie und den ihn tragenden Teilen der Sondierungsgruppe sowie der Landespartei nicht die inhaltlichen Projekte eines rot-rot-grünen Bündnisses, sondern die Zahl von Ministerien und den Erhalt der Staatskanzlei im Vordergrund.

Mit dieser inhaltsleeren Fokussierung auf Personal- und Machtfragen wurde insbesondere in der letzten Sondierungsrunde am 30. September 2009 durch die SPD-Verhandler Matschie und Machnig viel politisches Geschirr im rot-rot-grünen Lager zerschlagen. Denn während das Bekenntnis von Christoph Matschie, am 29. September 2009, nicht mehr auf dem Amt des Ministerpräsidenten zu bestehen, allgemein als Signal für eine rot-rot-grüne Regierung gewertet wurde, handelte es sich vielmehr um die Vorbereitung des Einstiegs in ein schwarz-rotes Bündnis, in dem Matschie sowieso nur das Amt eines Vize-Ministerpräsidenten bleiben kann.

Die LINKE war in das Sondierungsgespräch am 30. September 2009 mit folgenden Aussagen gegangen:

1. Zwischen den drei Parteien besteht Einigkeit darüber, dass ein politischer Wechsel auf Basis gemeinsamer Inhalte und Projekte möglich ist.
2. Ein Politikwechsel darf an Personen nicht scheitern. Deshalb haben wir vor dem Verzicht von Christoph Matschie auf das Amt des Ministerpräsidenten großen Respekt. Mit Blick auf den gleichen Verzicht von Bodo Ramelow haben wir Verständnis, was dies persönlich bedeutet.
3. Vor dem Hintergrund des Rückzugs beider MP-Kandidaten schlagen wir vor, dass die Zeit der Verhandlungen über einen rot-rot-grünen Koalitionsvertrag dazu genutzt wird, sich zwischen den drei beteiligten Parteien auf eine gemeinsame Kandidatin oder einen gemeinsamen Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten zu verständigen und im Zusammenhang mit der Festlegung von Personal und Ministerien am Ende der Koalitionsverhandlungen, wie üblich, auch diese Frage abschließend und verbindlich zu klären.
4. Dabei ist es nicht ausgeschlossen, dass die gemeinsame Kandidatin oder der gemeinsame Kandidat für das MP-Amt, ein Parteibuch der Grünen, der SPD oder der LINKEN hat.

Dieses Angebot wurde durch die Hälfte der SPD-Sondierungsgruppe, Matschie und Machnig, hochmütig und apodiktisch zurückgewiesen. Ein Bündnis aus den drei Parteien, die – zur Erinnerung – bei der Landtagswahl mit 6,2% (Grüne), 18,5% (SPD) und 27,5% (LINKE) gewählt wurden – sei ausschließlich möglich, wenn Grüne und SPD akzeptierten, dass

- die SPD den Ministerpräsidenten stelle,
- der Ministerpräsident über die Richtlinienkompetenz verfüge, also jederzeit das Recht habe, die Minister/-innen zu entlassen und die Koalition zu beenden.

Diese ultimative Positionierung der SPD, die letztlich den Ausstieg aus rot-rot-grün vorbereitete, mit dem Ergebnis, dass die SPD-Verhandler bereits in der anschließenden Sondierung mit der CDU und noch vor der entscheidenden Landesvorstandssitzung seitens der CDU mit den SPD-Wunschministerien „beschenkt“ wurden, war nicht anders als ein Affront zu interpretieren. Die SPD-Positionierung ist jedoch letztlich insbesondere ein Eingeständnis politischer Lustlosigkeit am Politikwechsel sowie eines autoritären Politikverständnisses.

Mit ihrer Fixierung auf das Ministerpräsidentenamt und die Richtlinienkompetenz zeigte die SPD, dass es ihr vor allem um Ministerien, Macht und nicht um tatsächliche links-alternative Gestaltungspolitik geht.

Bleiben wir nur kurz beim Beispiel Richtlinienkompetenz: Unzweifelhaft ist die Richtlinienkompetenz in der Verfassung des Freistaates Thüringen festgelegt. Art. 76 Abs. 1 und 3 S. 1 der Verfassung von Thüringen lautet:

*„(1) Der Ministerpräsident bestimmt die Richtlinien der Regierungspolitik und trägt dafür gegenüber dem Landtag die Verantwortung. Innerhalb dieser Richtlinien leiten und verantworten die Minister ihren Geschäftsbereich selbständig.*

*(3) Der Ministerpräsident führt den Vorsitz in der Landesregierung und leitet deren Geschäfte.“*

Die Richtlinienkompetenz ist also kein Phantom, sie ist verfassungsrechtlich verbürgt und damit Realität. Und dennoch wird die Richtlinienkompetenz nicht selten missverstanden

Es gibt viele überzeugende Beispiele aus der Regierungspraxis die zeigen, dass die Richtlinienkompetenz ein verfassungsrechtliches Relikt ist, das in der täglichen Regierungspraxis keine Relevanz entfaltet. Denn die praktische Bedeutungslosigkeit der Richtlinienkompetenz beruht auf der Tatsache, dass es sich dabei um ein Element *hierarchischer*, das heißt auf dem Prinzip von Befehl und Gehorsam beruhender politischer Führung handelt. Hierarchische Führung aber ist in einem demokratischen Kontext, insbesondere in einer Koalitionsregierung nicht durchsetzbar. Die Richtlinien"kompetenz" eines Ministerpräsidenten findet dort seine Grenze, wo ihm entweder die Koalitionspartner oder die eigene Fraktion und Partei, auf die er, um Ministerpräsident sein zu können zwingend angewiesen ist, Grenzen der Zustimmung setzen – also die Mehrheit nicht mehr gesichert ist.<sup>6</sup>

So beantwortete beispielsweise die frühere Ministerpräsidentin Heide Simonis die Frage, wie sie im Kabinett von der Richtlinienkompetenz Gebrauch gemacht habe, mit zwei Sätzen: *"Nie, denn das macht man nur einmal. Danach könnte man zurücktreten."*

Deutlicher formuliert: Ein Ministerpräsident, der Ministerpräsident bleiben will, darf sich – so Simonis sinngemäß – auf keinen Fall auf seine Richtlinienkompetenz berufen, um persönliche Entscheidungen durchzusetzen. Das wäre sein Ende als Ministerpräsident. Er benötigt vielmehr überzeugende Argumente bzw. andere Mechanismen der kollektiven Führung bzw. Machtausübung. Was dies bedeutet, darauf verwies der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt, der im September 1982 im Plenum des Deutschen Bundestages ausdrücklich bestätigte, dass er nie von der Richtlinienkompetenz Gebrauch gemacht habe:

*"Ich habe bisher, in über acht Jahren, von der Richtlinienkompetenz nach Art. 65 des Grundgesetzes keinen Gebrauch gemacht. Ich habe es vielmehr immer als meine Pflicht angesehen, große Anstrengungen auf das Zustandekommen von vernünftigen, praktisch brauchbaren, beiden Seiten gleichermaßen zumutbaren Kompromissen zu verwenden. Insofern waren die Richtlinien der Politik immer gemeinsam erarbeitet."*<sup>7</sup>

Wer sich daran erinnert, in welcher schwierigen Zeiten Helmut Schmidt Bundeskanzler war und wie fremd sich die Koalitionsparteien SPD und FDP zum Ende der sozial-liberalen Koalition geworden waren, der wird sehen, dass die Richtlinienkompetenz für eine stabile Regierungspolitik unerheblich ist. Die Techniken des Machterhalts bzw. des Koalitionskompromisses bestehen vielmehr in Verhandlungen. Die fünf Grundprinzipien, auf die es in einem Koalitionsbündnis unter den herrschenden Bedingungen in Thüringen angekommen wäre, hätten demnach gelautet:

1. Es gibt den übereinstimmenden Willen, für die gesamte Wahlperiode gemeinsam die Macht auszuüben.
2. Zwischen den Koalitionspartnern besteht ein Vertrauensverhältnis dahingehend, dass für die Dauer der Wahlperiode gemeinsame Ergebnisse erzielt werden sollen, die Kompromisse beinhalten.
3. Es besteht die Bereitschaft zu akzeptieren, dass die handelnden Personen aus verschiedenen Parteien kommen und vollständige Übereinstimmung weder das Ziel noch das Ergebnis von Vereinbarungen sein können. Kompromisse müssen also mit Bedacht und gegenseitiger Rücksichtnahme erzielt werden, damit alle Partner das Ergebnis auch gemeinsam in die eigene Partei, die eigene Fraktion sowie gegenüber der Öffentlichkeit vertreten können. Ein Spiel auf Gewinn und Verlust trägt nicht lange.
4. Es braucht Spitzenleute, die persönlich und funktional in der Lage sind, einer Koalition Stabilität zu geben. Dazu gehört in erster Linie Vertrauen, die Fähigkeit, dem anderen

---

<sup>6</sup> Eberhard Schuett-Wetschky 2008 Richtlinienkompetenz (hierarchische Führung) oder demokratische politische Führung? Antwort an Everhard Holtmann, in: Everhard Holtmann/Werner J. Patzelt (Hrsg.), Führen Regierungen tatsächlich? Zur Praxis gouvernementalen Handelns, Wiesbaden, S. 85-97.

<sup>7</sup> Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 9/111, S. 6757A.

mitzuteilen wie weit man gehen kann sowie zu akzeptieren, wie weit der Partner gehen kann, damit ein gemeinsames Ergebnis erreicht werden kann.

5. Vor dem Hintergrund, dass die Grünen zu Recht die Frage stellten, inwieweit die beiden größeren potentiellen Partner tatsächlich an einem Bündnis mit ihnen interessiert seien, hätte es sich angeboten, einen Grundsatz in die Koalitionsvereinbarung aufzunehmen, der das besondere Verhältnis der drei Parteien zueinander geregelt und den Grünen eine Sicherheit in der Koalition gegeben hätte. Dieser Grundsatz hätte lauten:

*„Die Koalitionspartner sind sich darüber einig, dass die Koalition als beendet gilt, sofern ein Koalitionspartner die Koalition verlässt, selbst wenn die verbleibenden Partner über eine parlamentarische Mehrheit verfügen sollten.“*

Eine Koalition ist, bereits in den Sondierungsgesprächen – insbesondere unter solch schwierigen Bedingungen wie in Thüringen – politische Beziehungsarbeit. Wie im persönlichen Leben sind dafür glaubwürdige Botschaften nach innen und nach außen zu versenden, mit Verletzungen oder Verstimmungen so umzugehen, dass die Beziehung gepflegt und nicht ständig in Frage gestellt werden.

Die LINKE hatte diesbezüglich, ebenso wie die Grünen, in den Sondierungswochen dazugelernt und intensive Beziehungsarbeit, bis an den Rand innerer Spannungen, geleistet. Die SPD hatte bedauerlicherweise die Beziehung vor der letzten Sondierungsrunde aufgegeben und entschieden, sich in das von der CDU bereitete Koalitionsbett zu legen.

### **Ausblick: schwarz-rote Koalition, verpuschter Regierungswechsel, falsches Signal**

Bei der Bundestagswahl am 27. September 2009 erreichte die SPD bundesweit mit 23,0% nochmals 5,8 Prozentpunkte weniger als bei ihrem bisherigen Tiefpunkt 1953. Dies kommt einem politischen Erdbeben gleich. Keine der beiden Regierungsparteien im Bund konnte hinzugewinnen. Die Union verlor knapp 2 Millionen Stimmen, die SPD 6,2 Millionen. Trotz der Stimmverluste gewann die Union durch die Direktmandate 13 Sitze hinzu, während die SPD ein Drittel ihrer Abgeordneten einbüßte.<sup>8</sup>

In Thüringen musste die SPD bei der Bundestagswahl 2009 einen dramatischen Stimmverlust mit 12,2 Prozentpunkten gegenüber der Bundestagswahl 2005 erleiden. Sie erhielt noch 17,6% der Stimmen gegenüber 29,8% in 2005. Damit liegt die SPD in Thüringen bei den Bundestagswahlen noch unter dem Niveau der Landtagswahl 2009. Bei den vergangenen Wahlgängen lag sie bei Bundestagswahlen immer über dem Landtagsergebnis.

Umgekehrt konnte die CDU deutlich hinzugewinnen und mit 31,2% ihr Landtagswahlergebnis von vor vier Wochen bestätigen. Die LINKE erhöhte ihren Stimmenanteil auf 28,8%, plus 2,7% gegenüber 2005 und nochmals eine Steigerung gegenüber dem Landtagswahlergebnis.

Für Thüringen ergibt sich für die Wahlen seit 2004 folgendes Bild.

<b>Thüringen: Verteilung der Wahlberechtigten</b>					
	LTW04	BTW05	EP09	LTW09	BTW09
Nichtwähler	46,2%	24,5%	47,0%	43,8%	34,8%
Ungültige Stimmen	2,2%	1,4%	2,0%	1,0%	1,4%
CDU	22,2%	19,0%	15,9%	17,2%	20,1%
SPD	7,5%	22,1%	8,0%	10,2%	11,3%
Grüne	2,3%	3,6%	2,9%	3,4%	3,9%
FDP	1,9%	5,9%	4,2%	4,2%	6,3%
PDS/LINKE	13,5%	19,3%	12,1%	15,1%	18,6%
Sonstige	4,3%	4,2%	7,9%	5,0%	4,3%

<sup>8</sup> Benjamin-Immanuel Hoff / Horst Kahrs 2009a, Die Ergebnisse der Bundestagswahl am 27. September 2009. Wahlbericht und erste Analyse, S. 2.

Die Tabelle zeigt, dass es der CDU relativ gut gelungen ist, ihre Wählerschaft in Thüringen zur Bundestagswahl zu mobilisieren. Sie leidet kaum unter der gesunkenen Wahlbeteiligung. DIE LINKE erreicht annähernd genau so große Teile der Wählerschaft wie 2005 und bei der Landtagswahl, leidet also kaum unter der gesunkenen Wahlbeteiligung. Ohne Wählerwanderungen zwischen den zu berücksichtigen, scheint der Rückgang der Wahlbeteiligung in Thüringen vor allem durch enttäuschte SPD-Wähler hervorgerufen worden zu sein. Sie erreicht wie bereits vier Wochen zuvor bei den Landtagswahlen etwa nur noch jeden zehnten Wähler.<sup>9</sup>

Auf der Basis dieser desaströsen Wahlergebnisse möchte die thüringische SPD nunmehr als Juniorpartner in einem schwarz-roten Bündnis tätig sein. Sie erhält damit zwar in diesem Zweierbündnis mehr Ministerien, als ihr dies in einem Dreierbündnis bei einer stärkeren LINKEN möglich gewesen wäre, doch ist – und darin liegt der Irrtum der thüringischen SPD-Spitze – die Zahl der Ministerien in einem solchen Bündnis unerheblich für die Durchsetzung und Wahrnehmbarkeit sozialdemokratischer Politik.

Die SPD in Thüringen hat ersichtlich nichts gelernt aus den Erfahrungen:

- der schwarz-roten Koalition von 1994 bis 1999 in Thüringen,
- der Großen Koalition im Bund, die am vergangenen Sonntag abgewählt wurde,
- dem Niedergang der Berliner Sozialdemokratie in der Großen Koalition ab 1990, aus der sich die Berliner SPD nur durch den Befreiungsschlag zu rot-rot 2001 befreien konnte bzw.
- aus dem desaströsen Verharren der sächsischen Sozialdemokratie bei 10% nach fünf Jahren schwarz-roter Koalition.

Die thüringische SPD wird versuchen wollen, sich in einer schwarz-roten Regierung als soziales Korrektiv zu präsentieren. Dafür sind die Ausgangsbedingungen jedoch denkbar unkomfortabel, wie die SPD durch einen Blick in die Wahlanalysen der vergangenen Wochen erkennen sollte. Trotz allen Wechselwillens in der Wähler/-innenschaft in Thüringen bestand eine Grundskepsis gegenüber der SPD:

- Mehr als die Hälfte der befragten Wahlberechtigten (58%) vertraten die Auffassung, dass die SPD keine wirkliche Alternative zur CDU sei.
- Demgegenüber wurde der LINKEN durch knapp 2/3 (64%) der durch Infratest dimap befragten Wahlberechtigten bescheinigt, als Regierungspartei geeignet zu sein und mehr als die Hälfte (57%) wünschten sich explizit eine Beteiligung der LINKEN in der Regierung.<sup>10</sup>
- Wie 2005 fiel es der SPD schwer, sich inhaltlich zu profilieren. Nur beim Einsatz für angemessene Löhne wurde ihr mehr zugetraut als den anderen Parteien.
- In der Frage sozialer Gerechtigkeit erhielten die Sozialdemokraten zwar mehr Kompetenzzuschreibung als 2004, blieben aber dennoch knapp hinter der Linken. Ihr werden die Reform der Sozialgesetzgebung und die Einführung der Rente mit 67 nachgetragen.
- In der Folge ist aus Sicht der Bevölkerung die SPD keine Partei der kleinen Leute mehr, die zudem die Bodenhaftung verloren habe.<sup>11</sup>

Nicht zuletzt wird die Entscheidung des SPD-Landesvorstandes die Politikverdrossenheit und den Schwund an Wahlbeteiligung deutlich erhöhen. Die beiden Parteien CDU und SPD haben seit der Landtagswahl 1994, in deren Ergebnis sie eine Koalition eingingen, beständig an Wähler/-innenrückhalt verloren. Entfielen auf beide Parteien zur LTW 1994 noch 72,2% der abgegebenen Zweitstimmen, reduzierte sich dieser Anteil in den nachfolgenden Wahlen auf 69,5% (1999), 57,5% (2004) auf das niedrigste Niveau seit 1990: 49,8% (2009). Beide Parteien, die nunmehr in eine Koalition eintreten möchten, vertreten also weniger als die

<sup>9</sup> Hoff/Kahrs 2009a, a.a.O., S. 42f.

<sup>10</sup> Infratest dimap 2009, a.a.O., S. 29f.

<sup>11</sup> Infratest dimap 2009, a.a.O., S. 22.

Hälfte der abgegebenen Zweitstimmen und gerade einmal rund 524.600 abgegebene Stimmen, der rund 1,9 Mio. Wahlberechtigten in Thüringen.

Vor der Landtagswahl formulierte die SPD die Entscheidungsfragen:

*„Jetzt ist es Zeit, sich zu entscheiden. Neuer Schwung für Thüringen oder weiter Stillstand. Am 30. August geht es darum, ob wir eine Regierung bekommen, die für faire Löhne kämpft. Oder: Thüringen bleibt Billiglohnland. Es geht darum, ob wir bessere Bildung organisieren mit zusätzlichen Stellen in den Kindergärten und längerem gemeinsamen Lernen – oder es bleibt beim Stillstand der CDU. Es geht auch darum, ob wir 20 Jahre nach der friedlichen Revolution die soziale Einheit vollenden.“<sup>12</sup>*

Die Fragen hat die SPD beantwortet: Durch die SPD-Stimmen im Landtag, die SPD-Minister/-innen in der Landesregierung und die Mitarbeit des SPD-Landesverbandes bleibt die Wahlverliererin CDU auch weitere fünf Jahre an der Macht, bleiben Stillstand und unsoziale Politik, auch wenn sie im modernisierten Gewand von Frau Lieberknecht präsentiert wird.

\* \* \*

*Der Autor ist Staatssekretär für die LINKE in der Berliner Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz. Er war bei den Sondierungsgesprächen der LINKEN mit SPD und Grünen in Thüringen beratend tätig.*

---

<sup>12</sup> Einen neuen Aufbruch in Thüringen gibt es nur mit einer starken SPD, <http://www.spd-thueringen.de/index.php?nr=6846&menu=1>.